

**Stadt Nürnberg
Referat für Jugend, Familie und Soziales**

**Orientierungsrahmen
für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik
in Nürnberg**

- Zehn strategische Leitlinien -

Leitbild der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik ist die Gestaltung einer solidarischen und zukunftsfähigen Stadtgesellschaft in Nürnberg, die allen ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Dafür gilt es, kommunale Gestaltungsspielräume aktiv zu nutzen, im Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Gesellschaft Ressourcen zu erschließen und optimal einzusetzen und die Betroffenen partnerschaftlich zu beteiligen.

Die doppelte Aufgabe des Sozialstaats ist es, Existenzsicherung zu gewährleisten und soziale Integration zu ermöglichen. Die soziale Infrastruktur und die Hilfesysteme, die allen Bürgerinnen und Bürgern im Notfall Beistand und materielle Hilfe garantieren, sind von unschätzbarem Wert und müssen stets sorgfältig gemäß der gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedarfe weiterentwickelt werden. Die Aufgabe moderner Sozialpolitik geht darüber jedoch weit hinaus: Wir müssen Menschen aktivieren und in die Lage versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Ziel ist soziale Teilhabe (*social inclusion*) ohne Barrieren für alle Menschen und Bevölkerungsgruppen von Anfang an bis zum Ende ihres Lebens. Zukunftsorientierte Sozialpolitik ist immer auch Bildungs-, Gesundheits-, Beschäftigungs-, Senioren-, Familien- und Stadtentwicklungspolitik und erfordert fachlich und sozialräumlich integrierte Strategien. Sozialpolitik muss langfristig in Generationenfolgen gedacht werden und wirken, damit es gelingt, die Reproduktion von sozialer Ungleichheit zu durchbrechen und Befähigungs- und Verwirklichungschancen zu eröffnen.

Im Geschäftsbereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales verfolgen die Leitungskräfte und viele kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Ziel seit vielen Jahren mit hoher fachlicher Qualität. Die Soziale Arbeit in Nürnberg – der Kommune wie der freien Träger – erfährt bundesweit hohe fachliche Anerkennung als Vorbild und Modellstandort. Die qualifizierte und vielfältige Trägerlandschaft in Nürnberg und die partnerschaftliche Kooperation sind ein unschätzbarer Standortfaktor des sozialen Nürnberg. An der Sache interessierte, pragmatische und auf Konsens orientierte Kommunalpolitikerinnen und -politiker bringen die Arbeit engagiert voran und gewährleisten angesichts begrenzter Finanzressourcen durch verantwortliche Sach- und Finanzpolitik zukunftsgerichtete Kontinuität.

Der Orientierungsrahmen – erstmals vorgelegt 2005, überarbeitet 2009 – formuliert zehn strategische Leitlinien. Sie orientieren sich an Lebenslagen und Handlungsfeldern. Eine Einteilung in fest definierte Zielgruppen und Zuständigkeiten wird der Vielfalt und Komplexität von Rollen und Bedürfnissen jedes und jeder Einzelnen nicht gerecht. Die Stadtverwaltung und die Soziale Arbeit insgesamt sind deshalb gefordert, Versäulungen und Zuständigkeitsgrenzen zu überwinden, Handlungsansätze aufeinander abzustimmen und die Kooperation aller Ebenen und Beteiligten zu intensivieren. So werden beispielsweise die Menschen mit Behinderung, vielfältig in ihren individuellen Lebenslagen und den darin liegenden Herausforderungen, in den unterschiedlichen Zusammenhängen der strategischen Leitlinien berücksichtigt.

Der Orientierungsrahmen ist verbindliche Arbeitsgrundlage für den Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales. Die beispielhaft genannten und weitere Handlungsfelder werden in Jahresplanungen konkretisiert, in Arbeitsprogrammen strukturiert, in Projekten erprobt und in Regelstrukturen umgesetzt. Sie sind Ausgangspunkt für interne Steuerung und Kommunikation.

(1) Familie stärken, Erziehung unterstützen

In etwa 46 840 Nürnberger Haushalten leben Kinder unter 18 Jahren. Das entspricht 18,0 Prozent der 260 250 Nürnberger Haushalte. Rund 11 700 Mütter oder Väter erziehen ein Kind oder mehrere Kinder alleine. Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik 2008..

Familien brauchen Unterstützung durch Staat und Gesellschaft. Wir gehen dabei von einem Familienbegriff aus, der die Vielfalt von Lebensformen berücksichtigt: Familie ist da, wo Kinder leben, ob mit einem oder zwei Elternteilen, in „Patchwork“- oder Pflegefamilien oder anderen familiären Konstellationen. Familienfreundlichkeit heißt immer auch Kinderfreundlichkeit. Auch das Zusammenleben mit der älteren Generation ist eine Aufgabe, der sich Familien stellen (vgl. Leitlinie 6).

Die enorme Leistung, die Familien für die Gesellschaft bringen, wird oft erst dort erkennbar, wo Familienstrukturen überfordert sind oder versagen und Institutionen ihre Rolle übernehmen oder korrigierend eingreifen müssen. Ein für Kinder und Eltern zufriedenstellendes Familienleben schafft gute Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiografien.

Die öffentliche Hand, insbesondere die Kommune, muss Infrastruktur und Angebote zur Förderung von Familien bereitstellen. Darüber hinaus ist ein positives gesellschaftliches Klima gegenüber Familien von entscheidender Bedeutung, um Kinder und Familien zu stärken. Das Bündnis für Familie, in dem sich Akteure aus Stadtverwaltung, Kultur, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengeschlossen haben, ist so zum Markenzeichen und Exportartikel Nürnbergs geworden. Wir konnten ein grundsätzliches Einvernehmen bei allen Akteuren für die Profilierung Nürnbergs nach dem Leitbild der „Familienstadt“ herbeiführen. Die Wirtschaft und andere im Bündnis vertretene Gruppen ermuntern wir stetig zu weiterem und intensiverem Engagement und machen Angebote für die Zusammenarbeit.

Eltern brauchen Beratung und Unterstützung, denn Erziehungsfähigkeit und das Wissen um Bildungsprozesse sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen gelernt und erprobt werden. Die Kampagne Erziehung wird deshalb weitergeführt. Ein Gesamtkonzept für „Eltern- und Familienbildung“ für Nürnberg ist unabdingbar notwendig. Dabei geht es vor allem darum, im Lebensumfeld von Familien Begegnungsorte mit leicht erreichbaren und niederschweligen Familienbildungsangeboten einzurichten.

Familien müssen vor allem dann gestärkt werden, wenn sie besondere Belastungen tragen. So brauchen beispielsweise Familien mit behinderten Kindern oder Angehörigen Unterstützung durch geeignete Betreuungsformen, finanzielle und organisatorische Hilfestellung. Wir müssen mehr über die Lebenslagen behinderter Menschen in Nürnberg wissen und darüber, welche Unterstützung Eltern und Angehörige in den verschiedenen Lebensphasen behinderter Kinder brauchen, ebenso auch, welche spezifischen Angebote behinderte Eltern mit behinderten oder nicht behinderten Kindern benötigen.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Förderung gemeinsamer Aktivitäten von Familien, z. B. durch familienfreundliche Tarifstrukturen, Informationen über Familienaktivitäten, Eltern-Kind-Veranstaltungen, Unterstützung und Vernetzung nicht städtischer Anbieter, Schaffung von familienfreundlichen Wohnbereichen und Kontaktmöglichkeiten.
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible, qualitativ hochwertige und verlässliche Kindertagesbetreuung, die Entwicklung einer familienfreundlichen Schule, Unterstützungs- und Beratungsangebote sowie Zusammenarbeit mit Unternehmen.
- Informations- und Unterstützungsangebote für Eltern zu allen Fragen der Erziehung, Angebote der Eltern- und Familienbildung.
- Besondere Unterstützung für Familien mit behinderten Kindern und Kindern mit besonderem Förderbedarf sowie für Familien in schwierigen Situationen, z. B. bei Trennung und Scheidung.

(2) Bildung fördern, früh beginnen

12 % der Nürnberger Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss. Die Übertrittsquote an weiterführende Schulen nach der vierten Klasse liegt im Schnitt bei 52,5 %, reicht aber von rd. 20 % bis über 80 %, die Übertrittsquoten ans Gymnasium variieren zwischen 9 und 78 %.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik; Staatliches Schulamt

Die Grundlagen für Bildung und Lernen werden in der frühen Kindheit gelegt. Die Lernfähigkeit und -bereitschaft ist in den ersten Lebensjahren überdurchschnittlich groß, eine Förderung deshalb besonders gewinnbringend. Es ist vielfach nachgewiesen, dass frühzeitige Investitionen in Bildung und Erziehung erheblich wirksamer sind als spätere Hilfen. Wir sind es gerade den Kindern

und Jugendlichen, die wegen schlechter Startchancen im Bildungssystem zu scheitern drohen oder ihre Begabungen nicht voll entfalten können, schuldig, die frühen Jahre intensiv zu nutzen. Wir wissen aber auch, dass Kinder dann optimal aufwachsen, wenn ihre Eltern in der Lage sind, die Entwicklung und Bildung aktiv und gestaltend zu begleiten. Das Interesse der Eltern an Bildungsprozessen und ihr Verständnis dafür kann durch reales Erleben und Mitgestalten z. B. in Kindertageseinrichtungen, Familienzentren und Orten für Familien oder in der „Familienfreundlichen Schule“ gefördert werden.

Die Familie hat – wiewohl in der bildungspolitischen Debatte vernachlässigt – eine herausragende Rolle als Bildungsinstanz. Dies gilt auch für die Entwicklung von Gesundheitsbewusstsein, da beispielsweise Ernährungs- und Bewegungsverhalten in der Kindheit im häuslichen Umfeld geprägt werden – mit lebenslangen Folgen. Die Funktion der Familie als wesentlicher Bildungsort bleibt im Lauf der Entwicklung eines Kindes zum Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestehen.

Bildung ist ein lebenslanger Prozess, wobei Übergangsphasen besondere Aufmerksamkeit benötigen. Kinder beim Eintritt in Krippe und Kindergarten, bei der Einschulung und Jugendliche an der Schwelle ins Berufsleben brauchen Unterstützung, damit der Einstieg in die Schule, in Ausbildung und in den Beruf gelingt. Auch hier gilt: Eine frühzeitige intensive Förderung kann später Scheitern und Frustration verhindern helfen.

Dies kann weder allein von der Schule noch allein von der Jugendhilfe geleistet werden. Deshalb muss eine koordinierte Zusammenarbeit der Personen und Institutionen herbeigeführt werden, die sich professionell mit Bildung und der Verwirklichung von Bildungschancen beschäftigen. Ziel ist es, Bildungslandschaften im Lebensumfeld von Familien zu gestalten. Einen Anfang dazu haben wir mit fünf Familienzentren und rund 30 Kitas als Orte für Familien gemacht, stetig sollen weitere hinzukommen. Eine wichtige Herausforderung der kommenden Jahre ist die Gestaltung ganztägiger Bildung im Zusammenspiel von Jugendhilfe und Schule und die Entwicklung geeigneter Modelle der Zusammenarbeit, die sich aus der schrittweisen Neuausrichtung der bayerischen Schulpolitik in Hinblick auf die Ganztagschule ergeben.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Intensiver Einsatz von Förderprogrammen vom frühkindlichen Alter an.
- Sicherstellung einer quantitativ und qualitativ guten Kindertagesbetreuung für alle Altersgruppen durch Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten, Familienzentren und Orten von Familien sowie der Kindertagespflege, Verbesserung der Hortversorgung, Förderung von Elternselbsthilfe und weiteren flexiblen Modellen; Unterstützung der Eltern bei der Suche nach der geeigneten Betreuungsform und bei der Gestaltung von Übergängen.
- Bildungsk Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe, zwischen formeller, informeller und non-formaler Bildung; Mitgestaltung von Lernlandschaften im Stadtteil, von ganztägiger und ganzheitlicher Bildung.
- Integrative Bildung und Förderung der behinderten Kinder und Kinder mit besonderem Förderbedarf.
- Aktive Mitarbeit bei der Bildungskoordination und –steuerung in der Stadt Nürnberg.

(3) Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen

In Nürnberg leben rund 74 860 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, das entspricht 15 % der Bevölkerung.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, 2008.

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) tragen wir zur Durchsetzung ihrer Rechte auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit bei. Wir wollen sie stärken und schützen und nehmen dafür unsere gesetzliche Gesamtverant-

wortung durch systematische Jugendhilfeplanung und Steuerung wahr, treten in den relevanten Lebensbereichen junger Menschen für ihre Belange ein und bearbeiten aktiv Schnittstellen zu anderen Verantwortungsbereichen und Akteuren. Das gilt besonders für die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, die wir partnerschaftlich weiterentwickeln und ausbauen.

Um Kinder wirkungsvoll zu schützen, müssen wir Gefährdungen möglichst früh erkennen. Dazu entwickeln wir schützende Kooperationsstrukturen stetig weiter, tragen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei und garantieren niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche, Eltern, Fachkräfte und alle Bürgerinnen und Bürger. Bei akuten Gefährdungen reagiert der Allgemeine Sozialdienst als Fachdienst der Jugendhilfe schnell und effektiv. Wir wollen Kinder vor allem auch im Vorfeld einer Entwicklungsverzögerung oder konkreten Gefährdung präventiv schützen, indem wir den zielgenauen Zugang zu frühen Hilfen fördern, Familien unterstützen und Hilfen für die unterschiedlichen Bedürfnisse entwickeln und vermitteln. Die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen wird ausgebaut und die Kooperation mit Kindertageseinrichtungen und Grundschulen strukturell und fallbezogen weiterentwickelt.

Junge Menschen sollen sich für ihre Rechte einsetzen, an den sie betreffenden Angelegenheiten beteiligt sein und in der Stadtgesellschaft aktiv mitwirken. Hierzu gibt es Kinderversammlungen in den Stadtteilen und breite Betätigungsfelder in den Jugendverbänden und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Beteiligungsformen für Jugendliche wollen wir weiterentwickeln und neue schaffen. In Nürnberg ist Platz für kinder- und jugendkulturelle Ausdrucks- und Erlebnisformen. Kinder und Jugendliche brauchen Spiel- und Entfaltungsräume, und wir unterstützen sie, wenn sie ihr Recht auf Aneignung und Nutzung des Öffentlichen Raums wahrnehmen. Der Aufgabe, Jugendliche vor Gefahren zu schützen, widmen sich unter anderem Jugendschutz, Jugendmedienschutz und Suchtprävention.

Junge Menschen sollen die für ihre Entwicklung notwendigen Möglichkeiten vorfinden – in Jugendgruppen, -gemeinschaften und -verbänden, die, orientiert an den Interessen, Bedürfnissen und Wünschen, ein breites Spektrum und viele Angebote entwickeln. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen sind offene Treffpunkte für Kinder und Jugendliche und sprechen mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten die verschiedenen Zielgruppen an. Kinder und Jugendliche mit Behinderung haben ein Recht auf Inklusion in der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Partizipation für Jugendliche durchsetzen, auch als Beitrag zur Demokratieerziehung.
- In der Öffentlichkeit die Sensibilität für das Wohl von Kindern steigern, die „Kultur des Hinsehens“ im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft unterstützen, frühe Hilfen bedarfsgerecht ausbauen und die Zugänge effektiv gestalten.
- Kinder- und Jugendarbeit entsprechend den sich verändernden Lebenslagen junger Menschen in Teilbereichen konzeptionell neu ausrichten, zukunftsfest machen, Angebotslücken schließen.
- Prozesse der Planungsbeteiligung durch Kinder, Jugendliche und ihre Eltern erhalten und ausbauen (Spiel- und Aktionsflächen, Stadtentwicklungsplanung).
- Jugendsozialarbeit an Schulen weiterentwickeln und ausbauen.

(4) Armut bekämpfen, Chancen eröffnen

10,5 % der Nürnberger Bevölkerung gelten als arm, das sind rund 52 700 Personen. Weitere 10,8 % leben in Armutsnähe. Größere Haushalte, Arbeitslose und Haushalte mit Kindern sind überdurchschnittlich betroffen. Ca. 1 420 Menschen sind obdachlos. Quelle: Sozialamt, Armutsbericht 2004, aktualisiert 3/2009.

Über ein Fünftel der Nürnberger Bevölkerung lebt in Armut oder in Armutsnähe. Haushalte mit Kindern sind davon überdurchschnittlich betroffen, über die Hälfte der Alleinerziehenden-Haushalte sind als arm oder armutsnah einzustufen. Fast jedes vierte Kind ist auf Sozialtransferleistungen (v.a. SGB II) angewiesen, nimmt man die von Armut bedrohten Kinder hinzu, so ist fast jedes dritte Kind betroffen. Besonders

Arbeitslosigkeit bringt viele Menschen an die Armutsschwelle, verbunden mit der Gefahr künftiger Altersarmut. Die Verschuldung der Privathaushalte steigt. Armut heißt aber nicht nur materielle Knappheit, sondern auch geringere Bildungschancen, eingeschränkte wirtschaftliche und berufliche Perspektiven, gesundheitliche Beeinträchtigungen, weniger Teilhabe an Kultur, Sport und Freizeiterlebnissen, weniger soziale Kontakte und Netzwerke, mehr Isolation und Resignation.

Armutsprävention als bereichsübergreifende Aufgabe besteht daher – dem Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik folgend – nicht in der fürsorglichen Versorgung der Betroffenen, sondern darin, ihnen Chancen zu eröffnen, sie in die Lage zu versetzen, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu handeln und Wege aus der Armut zu finden. Ziel ist es nicht nur, materielle Not durch monetäre Transfers und Unterstützung zu lindern und die Existenzsicherung zu ermöglichen, sondern vor allem auch die Entwicklung und Verfestigung von „Armutskarrieren“ zu vermeiden und Perspektiven aufzuzeigen. Dafür entwickeln und erproben wir, gemeinsam mit den Partnern im „Netz gegen Armut“ für die unterschiedlichen Gruppen von Armut Betroffener oder Bedrohter Beratungs- und Unterstützungsangebote. Da eine Kindheit in Armut lebenslange, folgenschwere Benachteiligungen nach sich ziehen kann, haben wir das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg „Armen Kindern Zukunft geben“ entwickelt und setzen es in zehn Handlungsfeldern als abgestimmte Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut mit hoher Priorität um.

Als mehrdimensionales und dynamisches Instrument der Armutsprävention setzen wir den Nürnberg-Pass ein: Er verbindet materielle Vergünstigungen mit Informationen und Bildungsangeboten für die Betroffenen. Die Leistungen des Nürnberg-Passes werden ständig weiterentwickelt und den Bedürfnissen der Zielgruppen angepasst.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Umsetzung des Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut „Armen Kindern Zukunft geben“.
- Gezielte Weiterentwicklung von Instrumenten zur Armutsprävention, z.B. Nürnberg-Pass, Schuldnerberatung, Jugend-Schulden-Prävention.
- Konzepte für bestimmte in Armut lebende oder von Armut bedrohte Gruppen, z.B. Alleinerziehende, alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Migranten, Obdachlose, Suchtkranke.
- Förderung von Eigeninitiative, Selbsthilfe und Bürgerengagement.
- Chancen und Zugänge für Bildung auf verschiedenen Ebenen, z.B. Alphabetisierungsgutscheine.
- Weiterentwicklung der stadtweiten trägerübergreifenden Kooperation im „Netz gegen Armut“, fachlicher Austausch und öffentliche Bewusstseinsbildung z.B. durch regelmäßige Armutskonferenzen.
- Professionelle Energiesparberatung für Hilfeempfänger und Geringverdiener, Energieschuldenprävention (ESP).

(5) Beschäftigung ermöglichen

Ende 2008 waren 19 660 Menschen in Nürnberg arbeitslos gemeldet. 2008 lebten durchschnittlich ca. 50 000 Personen von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II). Etwa 70% von ihnen wiesen einen Migrationshintergrund auf. 73% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen hatten keine Berufsausbildung, 27% keinen Schulabschluss. Quelle: Arbeitsagentur, ARGE Nürnberg

Arbeitslosigkeit ist Hauptursache für Armut. Arbeit bedeutet für Menschen aber noch mehr als Existenzsicherung: Sie strukturiert den Tagesablauf, vermittelt Kompetenzen und soziale Kontakte, stiftet Zufriedenheit und Sinn, ist gesellschaftliche Teilhabe. Wir fordern Gestaltungsspielräume für die kommunale Sozialpolitik ein und nutzen diese in Kooperation mit den anderen Ebenen und Akteuren,

um allen Menschen Beschäftigung zu ermöglichen. Zielgruppen kommunaler Initiativen und Maßnahmen sind insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildungsplatz, Langzeitarbeitslose und niedrig Qualifizierte sowie Gruppen, die besondere Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben, wie Alleinerziehende und Migrant(inn)en.

Eine Ausbildung ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen herzustellen ist vornehmlich Aufgabe der Schule, erfordert aber darüber hinaus aufeinander abgestimmte, effektive Maßnahmen eines Übergangssystems. Wir wollen alle Jugendlichen zur Ausbildungsreife bringen und sie unverzüglich in Ausbildung integrieren. Da nur noch 43 % der Jugendlichen einen Ausbildungsplatz im dualen System erhalten, sind zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten sowie eine stärkere Vernetzung der handelnden Institutionen nötig.

Die Arbeitsagentur und, für Leistungsempfänger nach SGB II, die ARGE Nürnberg (getragen von Stadt Nürnberg und Arbeitsagentur), wollen Menschen zur Beschäftigung befähigen und sie in Arbeit integrieren. Das ARGE-Integrationsprogramm enthält dafür strategische Ziele und Maßnahmen. Sie werden im Auftrag der ARGE von unterschiedlichen Trägern durchgeführt, z.B. Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und der städtischen Beschäftigungsgesellschaft NOA. Letztere konzipiert und realisiert als 100-prozentige Tochter und operative Einheit der Stadt Nürnberg Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte, zugeschnitten auf Stadtteile und Zielgruppen. Manche Erwerbslose haben wenig Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Ihnen wollen wir persönlich sinnvolle und gemeinnützige Beschäftigung in einem öffentlich finanzierten und organisierten Arbeitsmarkt bieten, etwa im Bürgerservice und in sozialen Einrichtungen. Durch flankierende Angebote der Kommune wie Kinderbetreuung, Schuldner- oder Suchtberatung wollen wir Menschen helfen, Beschäftigung aufzunehmen und dauerhaft auszuüben.

Kommunale Gestaltungsspielräume für Beschäftigung liegen in der Verbesserung der sozialen und bildungspolitischen Infrastruktur und Bereitstellung und Koordination ausreichender Angebote sozialer Dienstleistungen. Wir engagieren uns auch weiterhin für eine zukunftsgerichtete und sinnvolle Organisation des SGB II unter Wahrung kommunaler Interessen und Kompetenzen.

Als beschützende Einrichtung hat die Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg die Aufgabe, behinderten Menschen berufliche Bildung und soziale Kompetenzen zu vermitteln und sie in das Erwerbsleben zu integrieren. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist in der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen beschrieben: die Inklusion behinderter Menschen im regulären Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Koordinierung der kommunalen Beschäftigungspolitik, Entwicklung von Strategien der sozialen und arbeitsmarktlichen Qualifizierung und Integration.
- Jugendliche und junge Erwachsene in Projekten und Maßnahmen ausbildungsreif machen und diesen unmittelbar Ausbildung ermöglichen, Ausbildungs- und Übergangsprojekte, zugeschnitten auf Träger und Stadtteile, der städtischen Tochter NOA und weiterer Träger.
- Personen im Rechtskreis SGB II bestmöglich qualifizieren und in Beschäftigung integrieren.
- Organisation eines öffentlich finanzierten und organisierten Arbeitsmarktes.

(6) Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten

Etwas mehr als 103 000 Bürger (20,5 %) sind älter als 65 Jahre, weitere knapp 30 000 (5,6 %) sind zwischen 60 und 65 Jahren alt. Diese Altersgruppe wächst stetig, 2020 werden ihr insgesamt nahezu 140 000 Nürnbergerinnen und Nürnberger (ca. 30 %) angehören. Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik (Jahrbuch 2008 sowie Bevölkerungsprognose 2005).

Immer mehr Menschen werden immer älter, und weniger Kinder werden geboren. Dadurch wächst auch in Nürnberg der Anteil älterer Menschen. Die Lebensphase Alter kann – und dies ist ein historisch neues Phänomen – heute für viele Menschen bis zu einem Drittel ihrer Lebens-spanne ausmachen. Dabei sind Ältere – zwischen etwa 60 und über 100 Jahren – keine homogene, sondern eine sehr heterogene Gruppe, die in ihrer gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Situation erhebliche Unterschiede aufweist.

Eine alternde Stadtgesellschaft zu gestalten ist nichts Abstraktes, die Auswirkungen betreffen alle: Jeder und jede möchte selbstbestimmt möglichst lange und gesund in vertrauter Umgebung leben, seine Potenziale und Ressourcen nutzen, aber sich im Bedarfsfalle auf ein ausreichendes und qualitativ gutes Netz von Beratung, Unterstützung und Pflege verlassen können. Möglichkeiten sozialer Teilhabe sollten für jede Lebensphase geschaffen und gesichert werden.

Der möglichst lange Verbleib in der eigenen Häuslichkeit, der auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist, muss durch Präventions- und Dienstleistungsangebote unterstützt und ebenso weiterentwickelt werden wie bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe. Auch müssen Angehörige, die hilfs- und pflegebedürftige Verwandte betreuen, entlastet und unterstützt werden. Wichtiges Instrument ist die Zentrale Anlaufstelle Pflege (ZAPf), deren Ausbau in Kooperation und mit finanzieller Beteiligung der Kassen, der Sozialhilfeträger, der Ärzte und der Kliniken weiter vorangetrieben werden muss. Um den besonderen Bedürfnissen von im Familienverbund lebenden Seniorinnen und Senioren und ihrer Angehörigen einerseits, von alleinlebenden älteren Menschen andererseits gerecht zu werden, sind unterstützende Netzwerke im sozialen Nahraum erforderlich.

Unsere Aufgabe ist es deshalb, Rahmenbedingungen zu schaffen, die der Vielfalt des Alterns auch in Zukunft gerecht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten wir mit allen Trägern und Initiativen der Seniorenarbeit, dem Stadt seniorenrat und weiteren gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammen. Der Anteil behinderter alter Menschen wächst überproportional, da die NS-Verbrechen an den behinderten Menschen in früheren Jahrgängen große Lücken gerissen hatten. Es ist eine Herausforderung, für diesen Personenkreis spezifische Angebote und Hilfen zu entwickeln.

Das NürnbergStift als kommunaler Träger bietet ein breites Spektrum von Angeboten der Altenhilfe und -betreuung vom Ambulanten Dienst, geriatrischer Rehabilitation bis hin zur stationären Pflege. Dieses muss entsprechend den Bedürfnissen älterer Menschen, pflegewissenschaftlichen Erkenntnissen und gesetzlichen Grundlagen ausgebaut werden. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Betreuungs- und Pflegequalität ist handlungsleitend für die Aktivitäten des NürnbergStift.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen, unabhängig von Einkommen, Gesundheit und Herkunft.
- Neutrale Beratungsstrukturen bündeln und ausbauen.
- Förderung des Verbleibs im eigenen Zuhause durch quartiersbezogene Präventionsangebote („Seniorennetzwerke“); Kultur- und Freizeitangebote sowie bedarfsgerechte Teilzeitbetreuungsangebote, aber auch durch Förderung individueller Wohnformen, Hilfen im Alltag, wohnortnahe Rehabilitation.
- Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement aufzeigen, stärken und ggf. begleiten.
- Bedarfsgerechte Steuerung des Angebots an ambulanten Diensten und geriatrischer Rehabilitation gemäß „ambulant vor stationär“, Weiterentwicklung spezieller Pflegekonzepte (z.B. für demenzkranke Menschen und im Palliativbereich), Ausbau zukunftsorientierter Wohnformen im stationären Bereich (z.B. Wohngruppenkonzept, Hausgemeinschaftsmodell).

(7) Bürgerschaftliches Engagement stärken

Rund 22 % der über 18-Jährigen in Nürnberg sind bürgerschaftlich aktiv. Zusätzlich erklären weitere 42 % ihre grundsätzliche Bereitschaft, sich zu engagieren. Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung, Repräsentativumfrage 2006.

Die Zivilgesellschaft lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger wie auch von Unternehmen, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, durch persönlichen Einsatz oder finanziell etwa über eine Stiftung oder Sponsoring. Viele sind bereits aktiv, noch mehr Menschen wären bereit, fanden aber bisher keinen Zugang zum Ehrenamt. Viele Unternehmen leisten unter dem Stichwort „Corporate

Citizenship“ bereits Beiträge für die Gesellschaft, weitere sind zu gewinnen.

Um Bürgerinnen und Bürger noch stärker zu aktivieren, ist der Ausbau einer Anerkennungskultur ebenso nötig wie die Ermunterung zu neuen Formen des Engagements. Zu bedenken ist immer, dass Engagement nur dann befriedigend und dauerhaft erfolgreich sein kann, wenn die legitimen Interessen der Engagierten – etwa nach Anerkennung, sozialen Kontakten oder Praxiserfahrung – ebenso Berücksichtigung finden wie die Interessen derjenigen, die vom bürgerschaftlichen Engagement als Einzelne oder als Institutionen Nutzen ziehen.

Auch über das klassische Ehrenamt hinaus – etwa in der Kirchengemeinde, im Jugendverband oder im Sportverein –, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, gibt es viele Betätigungsfelder. Wir wollen „Bürgerwissen, Bürgerzeit und Bürgergeld“ mobilisieren. Der vorhandene „Reichtum an Talenten“ wird, ergänzend zur und in Partnerschaft mit der professionellen Sozialen Arbeit, dringend benötigt. Insbesondere für eine neue Kultur des Aufwachsens ist die Beteiligung und Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich, um Familien zu entlasten und Bildung und soziale Integration für alle Kinder von Anfang an zu unterstützen. Familien und Kinder profitieren z.B. von Familienpatenschaften, von Vorlesefreundinnen und -freunden in Kindertageseinrichtungen. Auch bei der Armutsprävention und der positiven Gestaltung des Alters prägt bürgerschaftliches Engagement in all seinen Erscheinungsformen die Stadtgesellschaft entscheidend mit. Ein wichtiges Arbeitsfeld im bürgerschaftlichen Engagement ist auch die Behindertenarbeit. Hier sollen für die Betroffenen zunehmend Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet werden, z.B. über den im Entstehen befindlichen Nürnberger Behindertenrat.

Den vielen Engagementwilligen, aber bislang nicht Engagierten unter den jungen Menschen, den (jüngeren) Seniorinnen und Senioren und den Migrantinnen und Migranten wollen wir den Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement erleichtern und ihnen die Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe an der Bürgergesellschaft aufzeigen.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Förderung der Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements durch Anerkennungskultur, fachliche Unterstützung und Weiterbildung, Unterstützung durch Sachmittel und Räume.
- Entwicklung und Förderung neuer Formen des Ehrenamts, Gewinnung neuer Gruppen Ehrenamtlicher, u.a. durch den Ausbau von Informationsplattformen.
- Ausbau der Ehrenamtsprojekte im Bereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales.
- Ausbau der Möglichkeitsstrukturen für das Engagement von Unternehmen („Corporate Giving“ und „Corporate Volunteering“).

(8) Sozialräume entwickeln, Stadtteile solidarisch gestalten

Im Jahr 2008 bezogen 9,8 % aller Haushalte in Nürnberg Leistungen nach SGB II. In manchen Distrikten liegt dieser Anteil allerdings unter 1 %, in anderen deutlich über 20 %. Der städtische Armutsbericht (2004) unterscheidet sechs Sozialraumtypen. Gut ein Viertel der Nürnberger(innen) lebt in Stadtteilen mit einem hohen Armutsrisiko, gekennzeichnet durch hohe Fluktuation und dichte Bebauung, hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte. Hier leben vergleichsweise viele Kinder. Andere Stadtteile wiederum zeichnen sich aus durch „großzügige Wohnstrukturen und geringes Armutsrisiko.“

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik

Soziale Politik muss da ankommen, wo die Menschen leben: in den Stadtteilen. Unterstützende Maßnahmen können hier all die Menschen erreichen, die in ihrer derzeitigen Lebenssituation weniger mobil sind: Kinder, junge Familien, Alleinerziehende, alte Menschen, kranke Menschen, behinderte Menschen, Menschen ohne Arbeit. Im sozialen Nahraum werden Problemlagen erfahrbar. Hier gilt es aber auch einen Blick für die – oft verborgenen - Potentiale und Schätze der Menschen im Stadtteil und der örtlichen Einrichtungen zu entwickeln und diese Kraft für die Stadtteilgemeinschaft zu nutzen.

Nachhaltige soziale Entwicklungsprozesse im Sozialraum erfordern vor allem:

- Armutspräventive Maßnahmen, die Menschen ermöglichen, aus der Schuldenfalle zu kommen, Perspektiven zu entwickeln und ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.
- Maßnahmen, die Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und der finanziellen Situation ihrer Eltern ein geschütztes und anregungsreiches Wohn-, Lern- und Spielumfeld bieten.
- Maßnahmen, die (junge) Menschen stabilisieren und qualifizieren und sie damit in die Lage versetzen, in ihrem Lebensalltag, in der Stadtgemeinschaft und auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen.
- Maßnahmen, die alte Menschen unterstützen und sie befähigen, möglichst lange im häuslichen Umfeld zu leben.
- Maßnahmen, die ehrenamtliches Engagement fördern, unterstützen und begleiten, Handlungsfelder dafür eröffnen und ehrenamtliche Potentiale auf die Bedarfslagen im Quartier orientieren.
- Nicht zuletzt sind Maßnahmen nötig, die Vielfalt und Besonderheiten im Stadtteil sichtbar und erlebbar machen und damit zu einem neuen Bild des Stadtteils nach innen wie nach außen beitragen können.

Stadtteilkoordination als strategischer Ansatz in Stadtteilen mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf ermittelt Bedarfe und Angebotslücken, weckt Potenziale und fördert die Vernetzung der Einrichtungen und Aktiven im Stadtteil. Eine zielgerichtete Vernetzung der Einrichtungen sowie eine Verkettung des Förder- und Unterstützungsangebotes vor Ort nutzt vor allem benachteiligten Stadtteilen; sollte aber nicht auf sogenannte „Brennpunktgebiete“ beschränkt bleiben, sondern – abgestimmt auf die örtlichen Bedürfnisse – grundsätzliches Handlungsprinzip sein. Hohes Ziel allen sozialpolitischen Handelns ist eine solidarisch verantwortete und sozial gerechte Stadt.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Stadtteilkordinatorinnen und –koordinatoren einsetzen.
- Beiträge zu einer integrierten Stadtentwicklung leisten, die den sozialen Herausforderungen verpflichtet ist.
- Kindertageseinrichtungen, Schulen, Seniorentreffs in den Stadtteil hinein öffnen.
- Seniorennetzwerke aufbauen und pflegen.
- Forschungs- und Förderprojekte sowie Drittmittel für Sozialraumentwicklung akquirieren.

(9) Integration von Migrantinnen und Migranten unterstützen

Im Frühjahr 2009 waren rund 17 % aller Nürnberger Bürgerinnen und Bürger Ausländer (rund 85 000), hinzu kommen rund 40 000 Spätaussiedler, die seit 1990 nach Nürnberg kamen sowie rund 27 000 inzwischen Eingebürgerte oder als Deutsche geborene Kinder von Eltern mit Zuwanderungsgeschichte. Damit haben fast ein Drittel aller in Nürnberg lebenden Menschen einen Migrationshintergrund. Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, April 2009, und www.integration.nuernberg.de

Die Integration der in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und mit Zuwanderungsgeschichte in unsere Stadtgesellschaft ist ein zentrales Zukunftsthema für Nürnberg und deshalb unter der Führung des Oberbürgermeisters gemeinsame Aufgabe aller Verwaltungsbereiche. Am Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg, das eine verwaltungsinterne Koordinierungsgruppe formuliert, arbeiten der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales und seine Dienststellen aktiv mit.

Im breiten Aufgabenspektrum der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik haben wir vielfältige konkrete Berührungspunkte mit Migrantinnen und Migranten jedes Alters und in nahezu jeder Lebenslage. Wir wissen und erfahren immer wieder, dass Migrationshintergrund an sich keine Benachteiligung darstellt und auch keinen besonderen Hilfebedarf begründet, sondern Vielfalt und Bereicherung für die gesamte Gesellschaft bedeutet. Deshalb wird unserer Überzeugung nach langfristig keine eigene strategische Leitlinie im Orientierungsrahmen erforderlich sein.

Derzeit sind jedoch manche Gruppen von Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich von sozialer Benachteiligung, Bildungsdefiziten, Arbeitslosigkeit und Armut betroffen, und es bestehen noch Zugangsbarrieren und Hemmschwellen gegenüber sozialen Diensten und Bildungseinrichtungen, sodass für die Betroffenen besondere Unterstützungsangebote nötig sind. Wir wollen in allen unseren Arbeitsfeldern dazu beitragen, Menschen mit Migrationshintergrund volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, Benachteiligungen auszugleichen und ganz besonders den Kindern und Jugendlichen, die hier aufwachsen, gerechte Chancen auf Bildung, Beruf und Partizipation zu eröffnen.

Unsere Beiträge zur Integration liegen auf konzeptioneller und operativer Ebene und sind Querschnittsaufgabe von der Kindertageseinrichtung über den Allgemeinen Sozialdienst, die Beschäftigungsförderung, die Beratungsdienste und Leistungsbereiche bis hin zur Seniorenarbeit und Pflege. Wir wollen überall darauf hinwirken, die Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Dazu wollen wir die interkulturelle Kompetenz in den Regeldiensten stärken und noch mehr Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund für die Soziale Arbeit gewinnen.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Fortbildungen für Mitarbeiter(innen) sowie Multiplikator(inn)en in interkultureller Kompetenz; Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund.
- Sprachförderung für Kinder und Erwachsene mit Migrationshintergrund.
- Berücksichtigung von Migrantinnen und Migranten als Ziel- und Kundengruppe der Verwaltung, der sozialen Dienste und Angebote, z.B. bei Menschen mit Behinderungen, bei älteren Menschen, Pflegebedürftigen und jugendlichen Arbeitslosen.
- Gezielte Ansprache von bürgergesellschaftlich Aktiven mit Migrationshintergrund.
- Stadtteilspezifische Herangehensweisen (besonders Stadtteilkoordination) zur Integrationsförderung im sozialen Nahraum.
- Beteiligung an der referatsübergreifenden Weiterentwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg und an den städtischen Bemühungen zum Thema „Stadt der Menschenrechte“ (Abbau von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit).

(10) Genderkompetenz verankern, geschlechtersensibel handeln

Etwa 257 000 Frauen/ Mädchen (51,2 % der Bevölkerung) und 243 000 Männer/ Jungen leben in Nürnberg. Von den über 65-Jährigen sind 59,2 % weiblich. Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung 2008
Nur 4 % der pädagogischen Fachkräfte in städtischen Kindertageseinrichtungen sind männlich. Quelle: Jugendamt

Frauen und Männer, Mädchen und Jungen nehmen die Lebenswelt unterschiedlich wahr und haben verschiedene Bedürfnisse: Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit. Deshalb müssen Kommunalpolitik und -verwaltung die unterschiedlichen Auswirkungen ihres Handelns auf die Geschlechter in Verbindung mit dem Alter, der sozialen Lage und der kulturellen Herkunft berücksichtigen (Gender Mainstreaming¹).

Für die Soziale Arbeit gilt diese Vorgabe in besonderer Weise, da Fachkräfte als Mann oder Frau auch Bezugsperson und Rollenvorbild für die Adressatinnen und Adressaten sind und in ihrer Beratungs- und Unterstützungstätigkeit intensiv auf persönliche Lebensbereiche einwirken – als Erzieher(innen), Sozialpädagoge(inn)en, Kinder- und Altenpfleger(innen). Dies bewusst zu machen und zu berücksichtigen ist gesetzlicher Auftrag, dem wir uns systematisch widmen.

Die anhaltende Debatte um den Mangel an männlichen Fachkräften in Bildung und Erziehung macht dabei die Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit anschaulich und zeigt zugleich Grenzen in der Umsetzung auf: Die Prägung durch geschlechtsspezifisch konnotierte Bilder und Erwartungen ist so tiefgreifend, dass kommunales Handeln allein wenig ausrichten kann. Das heißt in diesem Fall: Der gesellschaftliche Stellenwert Sozialer Arbeit und das daran gekoppelte Berufswahlverhalten junger Männer und Frauen ändert sich nur allmählich, männliche Fachkräfte sind trotz guter Einstellungs- und Aufstiegschancen rar. Genderprozesse sind in der Regel langfristig angelegt. Geduld ist ebenso gefragt wie der Blick fürs Mögliche: Der „Boys’ Day – Schnuppertag für Jungen in Sozialen Berufen“ und Kooperationen mit Ausbildungseinrichtungen sozialer Berufe sind kleine Schritte im Zuge langfristig angelegter und von Beharrlichkeit getragener Bemühungen. Gleiches gilt für das Ziel, dort, wo Frauen in Leitungspositionen unterrepräsentiert sind, auf eine ausgeglichene Balance der Geschlechter hinzuwirken.

Genderkompetenz zeichnet sich dadurch aus, geschlechterdifferenzierte Ansatzpunkte und Bedarfe zu erkennen und geschult anzugehen. Vielfach fehlen geschlechterdifferenzierte Daten, weshalb Analysen nur eingeschränkt möglich sind, durch die sich ‚Genderwirksamkeit‘ erheblich verbessern ließe. Geschlechtersensibles Handeln ist eine Querschnittsaufgabe, die jedes inhaltliche Ziel, jedes Aufgabenfeld und jede Altersgruppe tangiert. Die Angebote und Leistungen müssen auf die unterschiedlichen Zielgruppen der Frauen und Männer in ihrer jeweiligen Lebenssituation zugeschnitten sein. Nur so können unterschiedliche Betroffenheiten und Benachteiligungen – keineswegs nur von Frauen! – erkannt und möglichst ausgeglichen werden.

Handlungsfelder sind insbesondere:

- Genderkompetenz fördern und praxisorientiert anwenden unter Nutzung bereits geschaffener Instrumentarien wie der Gender-Check-Liste für Ausschussvorlagen und dem Leitfaden für geschlechtergerechtes Formulieren.
- Genderansatz als integralen Bestandteil der Alltagsarbeit aller Aufgabenfelder verankern; das erfordert handlungs- und teamorientierte Kompetenztrainings für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Sensibilisierung.
- Vorhandene Daten sind als Basis für entsprechende Analysen zu sichten und genderdifferenziert aufzubereiten.
- Genderperspektive frühzeitig bei Planungen und konzeptionellen Entwicklungen berücksichtigen und eine geschlechterdifferenzierte Angebotsstruktur schaffen.

¹ Gender bezeichnet die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind – anders als das biologische Geschlecht – erlernt und damit auch veränderbar. Mainstreaming (englisch mainstream: Hauptstrom) bedeutet, dass eine inhaltliche Vorgabe zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht werden soll.

Modernes Verwaltungshandeln für die solidarische Stadtgesellschaft

Um unsere strategischen Ziele zu erreichen, fühlen wir uns im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales den Grundsätzen des „guten Regierens“ verpflichtet. Dieses von der EU-Kommission als „good governance“ bezeichnete Regierungs- und Verwaltungsverständnis umfasst eine Gesamtsteuerung der gesellschaftlichen Entwicklungen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, d.h. der gesellschaftlichen Akteure, und entwickelt so das Konzept eines vorbeugenden und aktivierenden (Sozial-)Staates weiter. Als Grundsätze „guten Regierens“ gelten Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz, die wir folgendermaßen verstehen:

Offenheit umfasst zum einen die Definition strategischer Zieldimensionen und die nachvollziehbare Übertragung auf konkrete Jahresziele, Maßnahmen und Projekte, zum anderen die Kommunikation nach innen und außen über Ziele und Erfolge. Mit der Bündelung und Strukturierung öffentlicher Darstellungen entlang der Leitlinien wird die Kommunikation transparenter, Entwicklungen können langfristig beobachtet und beurteilt werden.

Partizipation und Kooperation sind Grundvoraussetzung für erfolgreiche Soziale Arbeit. Wichtige Partner auf allen Ebenen, wie Wohlfahrtsverbände, freie Träger, Vereine, Initiativen und Organisationen, aber auch Schulen und Polizei, arbeiten im sozialen Umfeld mit den selben Menschen zusammen wie wir. Die unterschiedlichen professionellen Herangehensweisen sind hilfreich, wenn die Kooperation mit gegenseitigem Respekt und in geeigneten Formen regelmäßig gepflegt wird. Die Partizipation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ebenen ebenso wie der betroffenen Menschen braucht Gelegenheiten und Strukturen, die wir gestalten und weiterentwickeln müssen.

Noch mehr als bisher wollen wir auch diejenigen Betroffenen beteiligen, für die herkömmliche, formalisierte Teilbeteiligungsformen (wie Beiräte, Bürgerinitiativen, Vereine, Bürgerversammlungen) nicht das geeignete Ausdrucksmittel sind. Im fachlichen Diskurs der Sozialen Arbeit ist dies längst erkannt: Wirksame Hilfe, Unterstützung und Aktivierung gelingt (nur) dort, wo die Betroffenen zu Co-Produzenten werden, wo Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst genommen werden und sich selbst ernst nehmen können.

Mit **Verantwortlichkeit** wird die klare Rollenverteilung und Zuschreibbarkeit von Entscheidungen zu Akteuren bezeichnet. Wir verstehen dies als Auftrag, Verantwortung zu übernehmen und uns aktiv einzumischen, das heißt die gesetzlichen und finanziellen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik offensiv zu nutzen und dort, wo die rechtliche Kompetenz und finanzielle Möglichkeit zum Handeln bei anderen Akteuren und Ebenen liegt, diesen unsere Kooperation anzubieten und ihre Beiträge einzufordern.

Effektivität ist angesichts der großen Herausforderungen und der beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen unabdingbar. Dokumentierte Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sind der beste Beleg für die Qualität der Arbeit. Ein stadtteilbezogenes Bildungs- und Sozialmonitoring liefert eine einheitliche Datengrundlage, die es ermöglicht, den Status Quo zu dokumentieren und bei Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Ergebnisse von Evaluation und Wirkungsforschung sind Grundlage für Planung und Steuerung.

Wirksam und mit Leben erfüllt werden die Leitlinien und Planungen erst durch das professionelle Engagement und die Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihre Motivation ist die wichtigste Ressource für die Gestaltung der Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg. Partizipation, Personalentwicklung, Fortbildung und Anerkennung der Leistungen bringen uns fachlich voran und sind zugleich auch Ausdruck der Wertschätzung.

Dazu gehört auch, Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch gezielter zu planen und so Fachlichkeit auf hohem Niveau sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Bei der Ausbildung ist eine immer stärkere Vernetzung über fachliche und Bereichsgrenzen anzustre-

ben. Durch eine verbesserte Kooperation mit den Hochschulen, die Vernetzung von Theorie und Praxis in der Lehre und Ausbildung ebenso wie gemeinsame Fortbildungsangebote sichern wir die fachliche Qualität der Sozialen Arbeit in Nürnberg.

Die **Kohärenz** und das Ineinandergreifen der Strategien und Ziele verschiedener Akteure und unterschiedlicher politischer Ebenen ist entscheidend für den nachhaltigen Erfolg der Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Wir streben dies an durch die Entwicklung integrierter Strategien in unseren Verantwortungsbereichen sowie durch zielgerichtete Kooperationen mit anderen Akteuren der Verwaltungen und der Gesellschaft und wir versuchen, auf die Entscheidungen anderer politischer Ebenen Einfluss zu nehmen, zum Beispiel durch aktive Mitarbeit in den Gremien des Städtetags, in Bundes- und Landesgremien und von Fachorganisationen, um die Kohärenz politischer Entscheidungen und damit auch ihre Wirkungen zu verbessern.

Unsere Methoden und Instrumente:

- Definition strategischer Leitlinien im Orientierungsrahmen.
- Jährliche Zielplanung und –überprüfung.
- Übernahme planerischer Gesamtverantwortung, z.B. in der Jugend- und Altenhilfeplanung.
- Öffentlichkeitsarbeit entlang den Leitlinien, z.B. Jahresbericht, Rechenschaftsberichte.
- Berichterstattung in den Ausschüssen des Stadtrats.
- Information, Einbeziehung von Entscheidungsgremien und –trägern aller politischen Ebenen.
- Anwendung bewährter und Entwicklung neuer Formen der Kooperation, z.B. Arbeitsgemeinschaften, vertragliche Vereinbarungen.
- Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Intensivierung der Bürgerbeteiligung, Weiter- und Neuentwicklung von Partizipationsformen.
- Entwicklung geeigneter Indikatoren für Planung und Steuerung, z.B. Sozialplanung und -berichterstattung, Controlling- und Steuerungsinstrumente.
- Aufbau eines kleinräumigen Bildungs- und Sozialmonitorings gemeinsam mit dem Amt für Stadtforschung und Statistik, dem städtischen Bildungsbüro und weiteren Partnern.
- Personalentwicklung.
- Vernetzung der Ausbildung, Kooperation mit den Ausbildungsstätten und Hochschulen.
- Fortbildungskoordination und systematische Fortbildungssteuerung.

Der Orientierungsrahmen: Perspektive und Verpflichtung

Der Orientierungsrahmen wurde von den Leitungskräften der Dienststellen Jugendamt, Sozialamt und Seniorenamt, des Eigenbetriebs NürnbergStift, der fachlich zugeordneten Gesellschaften Noris-Arbeit gGmbH und wfb Werkstatt für Behinderte, der ARGE Nürnberg, des Stabs Familie und des Referats für Jugend, Familie und Soziales im Jahr 2005 erarbeitet, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diskutiert und den Fachausschüssen des Stadtrats vorgestellt. Er erweist sich seither zunehmend als tragfähige Planungs- und Handlungsgrundlage für den gesamten Geschäftsbereich. Eine Aktualisierung und Weiterentwicklung erfolgte vier Jahre später im Sommer 2009.

Der Orientierungsrahmen als Grundlage der internen Steuerung beschreibt die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten, Versäulungen schrittweise zu überwinden und sich über die eigene formale Zuständigkeit hinaus für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg entlang der Leitlinien einzusetzen und partnerschaftlich zu vernetzen. Die 2006 begonnene und 2009 im Wesentlichen abgeschlossene Organisationsreform im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales ist – nach dem Motto: „Die Organisation muss den Aufgaben folgen!“ – an den strategischen Leitlinien ausgerichtet. Der strategische, konzeptionelle und organisatorische Rahmen wird auch zukünftig unter Führung des Referats für Jugend, Familie und Soziales entsprechend den gesellschaftlichen Entwicklungen, sozialen Notwendigkeiten, politischen und finanziellen Gestaltungsspielräumen weiterentwickelt.

Transparenz über Ziele und Prioritäten entsprechen unserem Verständnis von strategisch gesteuertem Handeln und sind unabdingbar für erfolgreiche Zusammenarbeit. Der Orientierungsrahmen wendet sich daher auch an die Nürnberger Stadtpolitik, die Kooperationspartner des Referats bei freien Trägern und Institutionen und an alle Nürnbergerinnen und Nürnberger: Wir wollen Sie über unsere Ziel- und Schwerpunktsetzungen informieren, diese im Dialog mit Ihnen kontinuierlich weiterentwickeln und laden Sie ein, uns auch in Zukunft in partnerschaftlicher Zusammenarbeit bei der Umsetzung zu unterstützen.

Nürnberg, September 2009

Reiner Prölß
Referent für Jugend, Familie und Soziales